

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst samt der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzerate werden die 6gepaltene Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Anzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 80.

Dresden, Mittwoch den 9. April 1913.

24. Jahrg.

Dem Reichstag soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den die Veteranenbeihilfen von 120 auf 150 M. erhöht werden.

Der Streit in der Berliner Herrenkonfektion ist durch einen Vergleich beigelegt worden.

Der Regierungsdirektor Lewicki, der als Vertreter des Polizeipräsidenten von Kiel 141 000 M. erprecht hatte, ist in 3 Jahren Buchhans verurteilt worden.

In seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten behandelte Präsident Wilson die Reform des Zolltarifs.

Der marokkanische Kronprinz El Hiba sammelt im Atlasgebiet Anhänger und läßt den heiligen Krieg verkünden.

Wir klagen an!

Der zweite Tag der Beratung der Heeres- und Lage nahm einen überaus lebendigen und an bedeutsamen Momenten reichen Verlauf. Das Interesse des Reichstages ist im Vergleich zum ersten Tage nicht vermindert, sondern eher gestiegen, und eine wahrhaft ausgezeichnete Rede unseres Parteigenossen Scheidemann krönte die ganze bisherige Auseinandersetzung.

Am Eingang der Sitzung sprach für die nationalliberale Fraktion Herr Wasser mann. Er hatte sich so gut wie alle seine Ausführungen schon vor einigen Tagen in Hannover selbst vorweggeredet, er hatte auch sonst keine gute Stunde, so daß es ihm nicht gelang, auch nur die Aufmerksamkeit des Hauses zu gewinnen. Man wußte zuvor, was Herr Wasser mann vorzubringen hat, und in der Tat verarbeitete er lediglich einen neuen Aufguss seiner nationalliberal gefärbten Militärärgerlichkeit, die von allerlei bösen Chauvinisten im Ausland in maßlosen Uebersreibungen berichtet und nur den eigenen Chauvinismus nicht sehen will.

Eine recht muster, mit mancher gutgeleiteten Bemerkung ausgestattete Rede hielt der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Müller-Weinigen. Gerade der Stellungnahme der fortschrittlichen Volkspartei zu dieser ungeheuerlichen Militärvermehrung durfte man ja mit einiger Spannung entgegensehen. Gaben doch die Männer dieses linken Flügels der bürgerlichen Parteien schon bei der vorjährigen weitaus wenigeren Vorlage erklärt, daß sie nur mit schwerem Herzen nochmals diesen Anträgen der Militärverwaltung zustimmen können. In der Tat zeigte die Rede des Dr. Müller, daß in den Kreisen seiner Partei eine äußerst ungemütliche Stimmung über die enormen Zumutungen der jetzigen Vorlage vorherrscht. Die fortschrittlichen empfinden es wohl, daß große Teile ihrer bisherigen Anhänger die vollständige Unterwerfung auch unter die wästelsten Anforderungen des Militarismus nicht begreifen werden und nicht mehr mitmachen wollen. Herr Dr. Müller suchte diesen Volkstimungen gerecht zu werden, indem er in vieler Beziehung scharfe Kritik gegen die Vorlage übte. Er erklärte die Begründung durch den Reichskanzler und Kriegsminister als ganz unzureichend und die ganze Vorlage als überholt. Er wandte sich lebhaft gegen die ewigen Wiederholungen des Wehrvereins und andererseits gegen die Diplomatie, deren schwere Fehler jetzt das Volk mit seinen Forderungen ausgleichen soll. Er forderte doppelte und dreifache Prüfung jeder Regierungsforderung, stellte Abstriche als notwendig in Aussicht und rollte schließlich eine Bitte von Wünschen zur Reform der Heereseinrichtungen auf: Verbesserung des Militärstrafrechts und anderes. Jedoch, alle eifrigen Worte des Redners klangen über die Tatsache nicht hinwegführen, daß die fortschrittliche Volkspartei nicht den Mut besitzt, eine Vorlage, die sie ihrer innersten Ueberzeugung nach für ungesund und gefährlich hält, wirklich abzulehnen. „Was nicht unbedingt die Sicherheit des Reiches betrifft, was nur dekorativ ist, muß gestrichen werden“, sagte Herr Müller-Weinigen, aber wir hören aus all seinem heftigen Wortdonner, daß seine Partei schließlich der Kriegsverwaltung das Urteil überlassen wird, was alles als „unbedingt nötig für unsere Sicherheit“ bewilligt werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei ist jetzt ungefähr in derselben Lage, in der vor Jahren das Zentrum war: in der ersten Lesung wird nämlich draußengeschießt, dann läßt man sich Zug um Zug von den Militärautoritäten „überzeugen“ bis zur völligen Unterwerfung.

Auch Herr Erzberger suchte die Hurrazustimmungsrede seines Freundes Spahn dadurch ein wenig vor den Zentrumskleuten im Lande zu mildern, daß er allerlei Erleichterungen und Verbesserungen im Militärdienst als Einzige für die neuen großen Lasten verlangte. Uns Sozialdemokraten kann es nur sehr lieb sein, wenn das Zentrum solche Erparnisse und Reformen, wie wir sie stets nachdrücklich gefordert haben, übernimmt, und es würde uns sehr freuen, wenn der Militärgewalt zugunsten des Volkes und der Soldaten jetzt wenigstens einiges abgerungen wird. Aber es fehlt uns noch der Glaube, ob das Zentrum auch nur hiermit Ernst machen wird. Wir vermuten, daß es sich schließlich mit einigen Bagatellen zufriedensstellen läßt, die es dann freilich seinen Wählern als großartige Ergründlichkeiten vorzuführen möchte. Unser Parteigenosse Scheidemann verstand es, durch eine selbst vorzulesende Rede den Sieg dieses Tages

für die Sozialdemokratie zu erobern. Er gesteht mit gewandter Klinge die gegnerischen Behauptungen, er ging mit der Mühsal und dem Ernst, die der bedeutungsvollen Frage entsprechen, zum vernichtenden Angriff vor. Er machte diejenigen, die sich bemühen, die Sozialdemokratie wegen ihrer ablehnenden Haltung anzulagen, selbst zu Angeklagten, die am Pranger der Volksfeindschaft und Kulturvernichtung stehen müssen.

Scheidemann wendete sich im Eingang seiner Rede mit sehr glücklichen Ausführungen gegen die gegnerischen Vorredner. Er kennzeichnete in scharfen Wendungen die gegnerischen Parteien, die sich urteillos und willenlos vom Leiseweile des Generalstabes schleifen lassen. Er legte dar, daß selbst vom Standpunkte der heutigen Militärpolitik das sprunghafte Vorgehen der neuen Heeresvorlage äußerst verderblich sein muß und daß gerade erst durch die ungeheuerliche Vorlage die auswärtigen Schwierigkeiten weiter zunehmen müssen. Scheidemann geisterte in scharfsinnigen Ausführungen die Angstmacherei vor — Serbien, die unglückliche Formel des Reichskanzlers vom Kampf zwischen Elawentum und Germanentum; die schlechte Diplomatie, die mehr verdirbt, als alle Militärvorlagen nützen können. Er schilderte die Wirklichkeit der Volkstimungen in Frankreich: jetzt wäre Großes für die europäische Kultur zu erreichen, wenn beide Staaten, Frankreich und Deutschland, durch beiderseitigen Verzicht auf neue sich gegenseitig aufhebende Heeresvermehrungen den Panzer des Mißtrauens sprengen wollten! Mit vernichtenden Schlägen kam Scheidemann über den Reichsverbandsherrn v. Liebert, der sich erdreistet hatte, zu sagen, daß die Sozialdemokraten nicht zum deutschen Volk gehörig seien, ausgerechnet Liebert, das Mitglied der „durchgefallenen Partei Europas“. Scheidemann sprach dann in packenden Worten den Opfern der Arbeit auf den Schlachtfeldern der Industrie, von dem unsäglich albernem Gerede in den Verteilungsschriften des Wehrvereins, von den Auspählern der angeblichen Elawen-gefähr, die selbst Hunderttausende städtischer Arbeiter als Lohnbrüder in deutsches Land bereinigen. Scheidemanns Rede steigerte sich am Schluß zu machtvollen Anklagen gegen die militaristischen Kulturvererber und zur packenden Verherrlichung des sozialdemokratischen Kulturideals der deutsch-französischen Verständigung, das schließlich doch über alle Hindernisse hinweg zum Triumph gelangen wird!

Auch den Gegnern auf allen Bänken des Reichstages war die Reizung zu Störungen bald vergangen, sie konnten sich dem Panne der tief eindringlichen Darlegungen des sozialdemokratischen Wortführers nicht entziehen. Rag der Militarismus sich der Hoffnung neuer materieller Erfolge erfreuen, — die moralische Sieghaftigkeit der sozialistischen Kulturpolitik ist gerettet und gesichert!

Die Wirkung der Kanzlerrede.

Die deutschen Chauvinistenblätter vom Schlage der Post und der Läßlichen Rundschau sind mit Weismanns Rüstungsrede wenig zufrieden. Es war ihnen zu wenig Schwung darin; sie hätten ein paar Schlagworte gewünscht, mit denen man im Lande hauffieren gehen könnte. Sie vermiffen die richtige Stimmung und von ihrem Standpunkt aus haben sie recht: Wer 198 000 neue Soldaten fordert, der hätte eigentlich die Pflicht, sich und die anderen etwas mehr in Begeisterung zu rufen, als es der Reichskanzler getan hat. Aber schließlich kann niemand aus seiner Haut heraus und von einem lebernen Bureaukraten darf man keine blühenden Redebeiträge erwarten.

Wenn nun Herr v. Weismann-Gölling sich über diese Kritik in der deutschen Presse ärgern sollte, dann werden ihm die ausländischen Preßstimmen, die das offizielle Depeschensbureau verbreitet, wohl wieder einermahnen trösten. Es wird gemacht, wie immer in solchen Fällen, Wolffs Bureau verbreitet nur jene Reueuerungen der fremden Zeitungen, die ihm resp. der Regierung nach der Nähe sind, die anderen werden totgeschwiegen oder bis zur Unkenntlichkeit gefärbt. Wie sieht es beispielsweise mit dem Echo in Oesterreich aus? Der Verbündete muß selbstverständlich begeistert sein, und so versichert Wolff, daß die Rede dräben einen „nachhaltigen“ Eindruck (nachhaltig ist schon, was sechs Stunden dauert) gemacht habe, und dann werden zustimmende Artikel aus dem halbamtlichen Fremdenblatt, der Neuen Freien Presse, und dem Organ der Militärpartei, der Reichspost, zitiert. Damit ist der Herr erbrecht, daß Oesterreich in Einigkeit schwimmt. Kein Wort natürlich über die Aufnahme der Rede in den slavischen Blättern des Landes.

Daß die Narodni Wisty in Prag lebhaft gegen die Rolle protestiert, die das Weismannsche Schema: Germanentum gegen Elawentum den Tschechen und den übrigen Elawen Oesterreichs anweist, wird nicht der Erwähnung für wert gehalten. Ebenso werden die deutschen Offiziosen sich hüten, die Meinungsäußerungen anderer slavischer Zeitungen zu verbreiten, und da ein großer Teil der bürgerlichen Presse entweder aus Unkenntnis oder weil ihr mit Rücksicht auf die Militärvorlage die Sache nicht in den Kram paßt auf die Wiedergabe dieser ablehnenden Auslassungen ebenfalls verzichtet, wird in der Deffentlichkeit ein durchaus solcher Eindruck von den Wirkungen erweckt, die die Offenbarung der Weismannschen Auffassung von den internationalen Gruppierungen im Auslande ausgelöst hat.

Herrschaft des Wahnsinns.

Paris, 8. April. Die Humanität schreibt: „Also der deutsche Reichskanzler versichert, daß Deutschland keinerlei Angriffsabsichten hat und nur gegen die panflawistische Fäulnis, die in Rußland anschwillt und gegen den Chauvinismus, der in Frankreich erwacht, Vorkehrungsmaßnahmen ergreift. Morgen wird die französische Regierung zur Verteidigung ihres Wehrgesetzes beschließen, daß Frankreich keinerlei Angriffsabsichten hat, daß es sich nur gegen die Wädlichkeit eines deutschen Ueberfalls oder gegen die Verunstaltung, die einem Ueberfalle gleichkommen würde, geschützt wissen will. Durch welche den Verstand belämpfende Paradoxa sind zwei Regierungen, die mit augenscheinlicher und gleicher Aufrichtigkeit den Frieden wollen, dazu verurteilt, gegeneinander ohne Gnade zu rufen und die Völker im Hinblick auf einen Krieg zu erschöpfen, den weder die eine noch die andere im Sinne hat? Ein Tag wird ohne Zweifel kommen, wo die Völker sich wundern werden, diese Herrschaft des Wahnsinns so lange ertragen zu haben. Solange die Dummheit dieser von Gewehren sacrenden und mit Granaten besagerten wilden Treibens dauern wird, gibt es für Frankreich nur eine Rettung und eine Hilfe, nämlich, daß es in Waffen in ganzem Umfange zu verwickeln. Mit dem dreifachen Dienst ist dies unmöglich. Dieser würde uns im Gegenteil zum Verhängnis führen, das bestimmt ist, zermalmt zu werden und in der Niedriglage unterzugehen.“

Die Initiative von Bern.

Bern, 8. April. Ein Komitee, bestehend aus schweizerischen, deutschen und französischen Parlamentariern, beruft unter Mitwirkung des internationalen Friedensbureaus Mitglieder des französischen Parlaments und des Deutschen Reichstages zu einer Konferenz in Bern am 20. April, um Mittel zu suchen, dem Beitritts der beiden Staaten zu neuer und auf eine Vertragung der Annahme der Wehrvorlagen hinzuwirken.

Von einer Gruppe Schweizer Politiker aller Parteien geht eine Anregung aus, die, wenn sie das Verständnis fände, das sie verdient, die Einleitung bilden könnte zu einem großen Ereignis europäischer Geschichte. Das Berner Komitee, das sich zu diesem Zwecke konstituiert hat, läßt eine Einladung an alle Parlamentarier Deutschlands und Frankreichs ergehen zu einer Konferenz am 20. April, in der erwogen werden soll, ob es nicht möglich ist, die Entscheidung über die geplanten beiderseitigen Rüstungen auf ein Jahr zu verschieben.

Die Anregung und der Vorschlag, dem die Konferenz dient, haben alle Gründe der Vernunft für sich. Das Jahr 1913 ist ohnehin schon mit internationalen Schwierigkeiten reich gesegnet. Ein zum mindesten nicht durch einen neuen Ausbruch des Rüstungsfebers zu vermehren, muß der Wunsch jedes Politikers sein, dem es um die Erhaltung guter Beziehungen unter den europäischen Kulturnationen ernstlich zu tun ist. Die Parlamente sind mit Arbeit überlastet und sollen in wenigen Wochen über verwickelte militärische Reformen beschließen, die mit ihren Wirkungen tief eingreifen in das Leben jedes einzelnen. Die Militärverwaltungen beider Länder sollen dann mit fliegendem Post eine ungeheure Arbeit bewältigen, der sie bei allem Respekt vor ihrer organisatorischen Leistungsfähigkeit kaum gewachsen sein können. Beide Staaten, beide Völker haben bei der Einleitung eines Feierjahres nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen, denn da die beiden Regierungen entschlossen sind in gleichem Tritt zu marschieren und ihre Reformen zum selben Termin — geplant ist der 1. Oktober 1913 — zur Ausführung zu bringen, bleibt, auch wenn der Termin der geplanten Änderungen auf ein Jahr hinausgerückt wird, Wind und Sonne zwischen beiden gleich verteilt. Schließlich ist auch noch der finanzielle Vorteil in Erwägung zu ziehen, den die einjährige Verschiebung des Termins für beide Teile mit sich bringt: für das Deutsche Reich ist er auf mindestens zwei hundert Millionen Mark zu beziffern, und für die französische Republik dürfte er kaum geringer sein.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie den guten Plan billigt und unterstützt. Nebenliche Ideen sind schon früher in der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen worden, und im Reichstag haben Paale und Scheidemann ihre Verehrbarkeit für sie eingeleitet. Es braucht keineswegs verdrängten zu werden, daß die Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Planes Hoffnungen knüpft, die über eine einjährige Verschiebung und Ersparnis weit hinausgehen; sie bekämpft in Frankreich und in Deutschland die Militärvorlagen mit der gleichen Entschiedenheit, und sie wünscht nicht dringender, als daß das nächste Jahr dazu ausgenutzt werden möge, eine Verständigung zwischen den beiden großen Völkern zu erzielen, die sie des allergrößten Teiles ihrer Rüstungsorgane enthebt. Es ist aber nicht einzusehen, warum nicht ebensogut auch die grundsätzlichen Gegner auch die grundsätzlichen Anhänger der beiderseitigen Rüstungsvorlagen auf den Boden der schweizerischen Anregung treten sollten. Sind sie ihrer Sache so sicher, so bleibt ihnen, nach Ausscheidung der Rüstungen um ein Jahr, um so mehr Zeit, ihre Volksgenossen von der Nichtigkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen, und die beabsichtigten Reformen werden, ohne daß einer davon anbreiten dadurch zuverküme, ohne Ueberbürdung mit gründ-